

**Die bayerische Landwirtschaft und Mitteleuropa**

Der Ausschuß der „Handelspolitischen Vereinigung der Landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Mülerei und Mälzerei“ hat zu den Fragen des Wirtschaftsbündnisses mit Oesterreich-Ungarn eine Erklärung beschlossen, die sich insbesondere gegen die geplante Zollfreiheit für landwirtschaftliche Erzeugnisse wendet. Der Ausschuß hält ein Festhalten an dem bisherigen Schutzsystem auch Oesterreich-Ungarn gegenüber für unerlässlich. Als wirtschaftliche Begründung hierfür wird ausgeführt:

Es ist wohl genügend bewiesene wirtschaftsstatistische Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn ein starker Konkurrent für die bayerische und süddeutsche Landwirtschaft bei Getreide, Malz, Hopfen, Wein und vor allem auch Vieh ist. Der Gersten- und Hopfenbau bedarf infolge der durch die neue Biersteuer bedingten Rückwirkungen wohl des besonderen Schutzes. Was das Brotgetreide anlangt, so ist zwar Bayern kein Ueberproduktionsgebiet, kann aber bei einer Zollfreiheit auf Brotgetreide gegenüber Oesterreich-Ungarn durch die unterschiedlichen Produktionskosten, vor allem aber durch verstärkten Zubrang russischen und Balkangetreides schwer geschädigt werden. Die Fragen des Obst-, Gemüse- und Tabakbauschutzes lassen sich vor Grundlegung der Handelsverträge mit anderen Staaten wohl überhaupt nicht befriedigend erledigen. Die Forderungen der in der Handelspolitischen Vereinigung vertretenen Mülerei- und Mälzerverbände gehen mit den grundlegenden Forderungen der bayerischen Landwirtschaft vollkommen einig. Daß die bayerische Landwirtschaft das geplante österreich-ungarische Einfuhrsystem auf Viehenerzeugnisse, auch deren verfeinerte Erzeugnisse der Teigwarenindustrie, unter solchen Gesichtspunkten energisch ablehnt, versteht sich wohl von selbst.

Man kennt diese Stellungnahme der bayerischen Landwirtschafts-Organisationen schon aus verschiedenen früheren Kundgebungen ähnlicher Art. Sie argumentieren alle, als ob es keinen Krieg gäbe und gegeben hätte: von der Umwälzung aller Preis-, Produktions- und Wettbewerbsverhältnisse durch den Krieg, die doch für die Zollfrage nicht ganz gleichgültig sein dürfte, ist in ihnen nichts zu hören. Aber im übrigen: die Frage ist wohl rein akademisch. Denn daß jetzt bei den Verhandlungen in Salzburg irgend etwas Grundlegendes festgelegt werde, erwartet man, so weit wir sehen, in eingeweihten Kreisen weder in Deutschland noch in Oesterreich-Ungarn. Und so ist an dieser neuen Kundgebung, der im Laufe der Zeit noch manche anderen folgen dürften, eigentlich nur der sonderbare Ton bemerkenswert, in dem sie von einer Zollunion mit Oesterreich-Ungarn bereits eine Beeinflussung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches durch eine von süddeutschen Wirtschaftsopfern zu befürchtende Beeinträchtigung der Reichsfreudigkeit für möglich hält. Müssen denn eigentlich alle Debatten über landwirtschaftliche Zollfragen, auch jetzt mitten im Kriege — denn wir sind noch nicht am Ende! — in einer so gereizten und so aufreizenden Tonart geführt werden?